

Burgdorf, 18.07.2013

**P R O T O K O L L**

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **17.06.2013** im Ratssaal des Schlosses, Spittaplatz 5, 31303 Burgdorf

17.WP/SchKuSpo/010

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr  
Beginn vertraulicher Teil: 20:09 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:08 Uhr  
Ende vertraulicher Teil: 20:11 Uhr

---

**Anwesend:** **Vorsitzender**

Obst, Wolfgang

**stellv. Vorsitzende**

Meinig, Birgit

- bis 19:32 -, während TOP 8

**Mitglied/Mitglieder**

Heldt, Gabriele  
Peters, Kai  
Rheinhardt, Michael  
Ruser, Horst

**stellv. Mitglied/Mitglieder**

Braun, Hartmut

Vertretung für Herrn Detlef Knauer

Hinz, Gerald

Vertretung für Frau Christiane Gersemann

Meißner, Claudia

Vertretung für Frau Gurbet Birgin

**Elternvertreter**

Eggers, Günter

**Lehrervertreter**

Oerke, Annette

**Schülervertreter**

Ramadani, Valon

- ab 17.08 Uhr -, ab TOP 5

**Beratendes Mitglied für den Bereich Kultur**

Berz, Hubert

**Beratendes Mitglied für den Bereich Sport**

Runge, Alfred

**Gast/Gäste**

Bielefeld, Christiane

komm. Rektorin Gymnasium Burgdorf

Frenzel-Früh, Thors-  
ten

Niedersächsische Landes-  
schulbehörde

Herzberg, Sandra

Rektorin Gudrun-Pausewang-  
Grundschule

Keding, Jürgen

- ab TOP 8 -  
Architekturbüro Höhlich und

Schmotz, Andreas                      Schmotz  
- ab TOP 8 -  
Architekturbüro Hühlich und  
Schmotz

### **Verwaltung**

Barm, Henry  
Baxmann, Alfred                      - ab 17.14 Uhr - ab TOP 5  
Beneke, Ernst-August  
Franzke, Daniela  
Heuer, Stefan  
Kugel, Michael  
Lahmann, Jörg  
Lehmann, Robert                      - ab TOP 8 bis Ende öffentli-  
cher Teil -  
Philipps, Lutz  
Stakemann, Werner                      - ab TOP 8 bis Ende öffentli-  
cher Teil -

## **TAGESORDNUNG**

### **Öffentlicher Teil**

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.02.2013
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen lt. Geschäftsordnung

### **Schulangelegenheiten**

5. Gründung einer IGS in Burgdorf - Informationen durch Vertreter der Niedersächsischen Landesschulbehörde
6. Gründung einer IGS in Burgdorf - Elternfragebogen zur Bedarfsabfrage  
Vorlage: 2013 0377
7. Schülerstatistik der Stadt Burgdorf - weiterführende Schulen  
Vorlage: 2013 0344
8. Künftige Unterbringung der Gudrun-Pausewang-Grundschule – Entscheidung über die Variante für die vertiefte Grundlagenermittlung und Vorplanung  
Vorlage: 2013 0371
9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

### **Einwohnerfragestunde**

### **Öffentlicher Teil**

## **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

1.

**Herr Obst** eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Gäste und die Presse. **Herr Kugel** schlug vor, die Tagesordnung zu ändern. Es solle nur das Protokoll der Sitzung vom 04.02.2013 genehmigt werden. Das derzeit vorliegende Protokoll über die Sitzung vom 06.05.2013 werde zurückgezogen und kurzfristig aktualisiert zugesendet. Weiterhin solle die Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Teil erweitert werden, da es eine Mitteilung des Bürgermeisters gebe. Die Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung wurden nachfolgend von **Herrn Obst** festgestellt.

## **2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.02.2013**

Die Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 04.02.2013 wurde bei drei Enthaltungen **einstimmig** beschlossen.

## **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

3.

K E I N E.

## **4. Anfragen lt. Geschäftsordnung**

4.

K E I N E.

## **Schulangelegenheiten**

## **5. Gründung einer IGS in Burgdorf - Informationen durch Vertreter der Niedersächsischen Landesschulbehörde**

Zunächst stellte sich **Herr Frenzel-Früh** als zuständiger Dezernent für die Gesamtschulen bei der Niedersächsischen Landesschulbehörde vor, um anschließend ausführlich über Rahmenbedingungen bzw. Anforderungen an Gesamtschulen zu referieren.

An einer Integrierten Gesamtschule (IGS) können Schulabschlüsse für alle drei Schulformen des dreigliedrigen Schulsystems erworben werden. Das Lehrerkollegium setze sich aus Lehrkräften der drei Schulformen Haupt-, Realschule und Gymnasium zusammen. Zunächst werde ab Jahrgangsstufe 5 integrativ gearbeitet, ab Jahrgangsstufe 7 auch zunehmend differenziert. Für die Ausgestaltung und das Maß an Differenzierung sei die Schule mit ihren Gremien zuständig.

Die Rechtsgrundlagen für die Errichtung einer IGS ergeben sich aus der Schulorganisati-

onsverordnung. So sei momentan lediglich die Gründung einer IGS als mindestens fünfzügige Schule möglich. Durch die Landesregierung werde eine Vierzügigkeit, in Ausnahmefällen Dreizügigkeit angestrebt. Hierzu erfolge momentan das Beteiligungsverfahren. Gleichfalls solle das Abitur an einer IGS nach 13 Jahren abgelegt werden.

Sofern eine IGS eingerichtet werden solle, sei eine Prognose über die Schülerzahlen für die folgenden zehn Jahre nachzuweisen. Es müssten je Jahrgang 96 Kinder (d.h. je Klasse 24 Kinder) prognostiziert werden. Eine dreizügige IGS könne bestehen, wenn die Genehmigung vor dem 01.08.2013 erfolgte bzw. unter zumutbaren Bedingungen eine andere IGS nicht erreichbar sei. Zumutbar sei so definiert, dass die Fahrzeit für eine Fahrtrichtung inklusive Wartezeit maximal 75 Minuten beträgt.

Bei einer vierzügigen IGS können maximal 120 Schülerinnen und Schüler je Jahrgangsstufe, d.h. 30 je Klasse, aufgenommen werden.

Für die Anzahl der Profilangebote an einer IGS sei die Größe entscheidend. Je mehr Schülerinnen und Schüler die Schule besuchen, desto vielfältiger seien die Profilangebote.

Eine IGS werde zunächst für die Sekundarstufe I genehmigt. In der zweiten Phase – vier Jahre nach Gründung der IGS – könne über die Einführung einer Sekundarstufe II entschieden werden. Wesentlich sei die Ausgestaltung des vorhandenen Schülerprofils.

Eine ersetzende IGS wäre bei einer Gesetzesänderung möglich. In der aktuellen Diskussion sei eine Ersetzung nicht vorgesehen. Die Auflösung der Haupt- bzw. Realschule wäre möglich, wenn diese Schulformen in zumutbarer Entfernung (75 Minuten) erreichbar wären.

Grundsätzlich sollte eine Schule in *einem* Schulgebäude untergebracht sein. Als (längerfristige) Übergangsmöglichkeit könne eine Schule auch an mehreren Standorten untergebracht sein.

Sollte mit Beginn des Schuljahres 2014/15 eine IGS eingerichtet werden, so müsste zunächst das Elterninteresse abgefragt werden. Bis zum 31.10.2013 müsste ein Antrag zur Errichtung einer IGS gestellt werden. Das pädagogische Konzept sowie eine Aussage zum Schulstandort müssten bei der Antragstellung enthalten sein. Sofern Schulformen aufgelöst werden sollten, müsste parallel ein Aufhebungsbeschluss gefasst werden.

Mit Errichtung einer IGS besteht nicht automatisch eine Ganztagschule. Die Ganztagschule – genehmigungsfähig ist gegenwärtig lediglich die Offene Ganztagschule – muss gesondert beantragt werden.

**Herr Eggers** stellte in Frage, dass eine Bedarfsprognose zwingend erforderlich sei. Diese Aussage solle durch die Kultusministerin erfolgt sein. **Herr Frenzel-Früh** sagte, ihm sei eine solche Aussage nicht bekannt. Wenn eine Bedarfsprognose nicht mehr zwingend erforderlich sein sollte, müsste dies in der Schulorganisationsverordnung geregelt sein. Unabhängig davon sei eine substantielle Prognose für den erforderlichen Aufwand des Schulträgers sinnvoll.

**Herr Ruser** führte auf die Frage von **Herrn Eggers** aus, dass es Untersuchungen zum Schulerfolg an Gesamtschulen gebe. Diese Untersuchungen belegen einen Schulerfolg und eine Qualitätssteigerung.

**Herr Obst** bat um Erläuterung, ob eine interkommunale Zusammenarbeit möglich sei. **Herr Frenzel-Früh** wies darauf hin, dass die Kommunen Verträge schließen könnten, aber im Vorfeld eine juristische Prüfung stattfinden müsste.

**Herr Peters** erfragte, ob das Zeitfenster für eine Errichtung einer IGS zum Schuljahr 2014/15 nicht zu eng sei. **Herr Frenzel-Früh** hält das bestehende Zeitfenster bis zum 31.10.2013 für ausreichend. Erst nach Antragstellung werde eine Planungsgruppe von Lehrern eingerichtet. Diese benötige in der Regel ein halbes Jahr an Vorlaufzeit für die Erarbeitung einer Grundkonzeption.

Abschließend dankte **Herr Obst** **Herrn Frenzel-Früh** für seine umfangreichen Ausführungen.

## Gründung einer IGS in Burgdorf - Elternfragebogen zur Bedarfsabfrage

### 6. Vorlage: 2013 0377

---

**Herr Kugel** legte einleitend dar, dass die Vorlage einen angepassten Erhebungsbogen sowie einen Erklärungsbogen nach altem Rechtsstand enthalte. Der Erklärungsbogen solle bis zur Versendung auf den dann aktuellen Rechtsstand gebracht und verständlicher formuliert werden. Fraglich sei, ob der Passus „Oberschule“ im Erhebungsbogen entfallen könne. Die Verwaltung würde sich hierfür aussprechen.

**Frau Oerke** erklärte, sie habe sich mit den Schulleitungen der weiterführenden Schulen ausgetauscht. Die Schulen stehen einer IGS skeptisch gegenüber. Des Weiteren sehe sie eine Benachteiligung der weiterführenden Schulen, da im Erklärungsbogen lediglich Informationen zur IGS enthalten seien. Auch den weiterführenden Schulen sollte Gelegenheit gegeben werden, ihr Schulangebot vorzustellen. **Herr Baxmann** warnte vor einer Überfrachtung mit Information im Erklärungsbogen.

**Herr Braun** hält zunächst eine Informationsveranstaltung zur IGS für sinnvoll. Hierbei sollte auch den weiterführenden Schulen die Möglichkeit gegeben werden, sich zu präsentieren. Weiterhin sei der Erklärungsbogen zu umfassend und müsste verkürzt werden. Nach der durchgeführten Elternbefragung sollte sich eine Kommission aus allen beteiligten Gruppen bilden.

Nach weiterer ausführlicher Diskussion besteht im Ausschuss Einvernehmen, dass die Wahlmöglichkeit „Oberschule“ im Erhebungsbogen gestrichen wird, eine umfassende Informationsveranstaltung vor der Abfrage durchgeführt werden muss und dass der Erklärungsbogen kurz, prägnant und sprachlich verständlich sein soll. Des Weiteren ist der Erklärungsbogen vor Versendung auf die aktuelle Rechtslage anzupassen.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport fasste bei 2 Gegenstimmen **mehrheitlich** folgenden

#### **Beschluss:**

<b>Finanz. Auswirkungen in Euro</b>		Produktkonto	ErgHH	FinHH
Einmalige Kosten:	€		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Laufende Kosten:	€		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	

#### **Beschlussvorschlag:**

**Der dieser Vorlage als Anlage beigefügte Entwurf eines Elternfragebogens wird zur Durchführung der Abfrage zur Klärung des Bedarfs an einer Integrierten Gesamtschule in der Stadt Burgdorf benutzt.**

**Das dem Elternfragebogen beizufügende Merkblatt wird auf der Grundlage des von der Landesschulbehörde zur Verfügung gestellten Musters abgefasst; das Merkblatt wird auf den im Zeitpunkt der Abfrage aktuellen Gesetzesstand angepasst, daneben sind die Formulierungen allgemein verständlich zu fassen und die in der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport gegebenen Hinweise einzuarbeiten.**

**Vor Durchführung der Elternbefragung ist eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen, bei der die Integrierte Gesamtschule vorgestellt und**

den weiterführenden Schulen des gegliederten Schulsystems die Gelegenheit gegeben wird, sich darzustellen.

## **Schülerstatistik der Stadt Burgdorf - weiterführende Schulen**

### **7. Vorlage: 2013 0344**

---

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

### **8. Künftige Unterbringung der Gudrun-Pausewang-Grundschule – Entscheidung über die Variante für die vertiefte Grundlagenermittlung und Vorplanung Vorlage: 2013 0371**

---

**Herr Kugel** erläuterte, dass drei mögliche Varianten für die künftige Unterbringung der Gudrun-Pausewang-Grundschule (GPGS) vorgestellt wurden. Anhand der finanziellen Auswirkungen schlägt die Verwaltung die Variante II (Umzug GPGS in den C-Trakt des Gymnasiums) vor. Durch die SPD-Fraktion wurde ein umfangreicher Fragenkatalog vorgelegt, der durch die Verwaltung beantwortet wurde. Einige Fragen konnten nur in Ansätzen beantwortet werden, da die Klärung die vertiefte Grundlagenermittlung voraussetze.

Für **Herrn Obst** wäre der C-Trakt vorstellbar, wenn die Schulhofproblematik, die Lärmauswirkungen im Rahmen der unterschiedlichen Pausenzeiten sowie die Raumsituation bei einer Vierzügigkeit der GPGS geklärt seien. **Herr Kugel** führte aus, dass Antworten zu diesen Punkten im Rahmen der weiteren Untersuchungen gegeben werden sollen. Grundsätzlich waren bereits in der Vergangenheit (zu Zeiten der Orientierungsstufe) über 1.200 Schüler am Standort. Auf dem Gelände der jetzigen GPGS verblieben nach jetzigem Stand ca. 7.000 noch nicht verplante Quadratmeter. Es wurde bereits mit den Schulen andiskutiert, diese Flächen zum Teil als Lehrerparkplätze zu verwenden. Des Weiteren bestehe mit den Schulen Einvernehmen, dass nach den Sommerferien eine Arbeitsgruppe mit Teilnehmern beider Schulen sowie des Schulträgers diese Fragestellungen klären solle. Sollte sich die Zügigkeit der Schule erhöhen, müsste über eine Änderung der Schulbezirke, die Verlegung des Schulkindergartens oder die Änderung des Stammklassenprinzips nachgedacht werden.

**Frau Oerke** bedankte sich für die im Vorfeld konstruktiv geführten Gespräche mit der Verwaltung. Des Weiteren habe sie sich mit den Personalräten beider Schulen zusammengesetzt. Es bestehen Bedenken gegen die Variante II. Insbesondere hinsichtlich des Raumkonzepts der GPGS bei Vierzügigkeit, mangelnder Räumlichkeiten für die OGS und für Inklusionskinder sowie bei Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Jahren, der Schulhofgestaltung (Platz) und aufgrund der unterschiedlichen Stundenmodelle. Die Lehrerschaft werde sich der Variante II nicht verschließen, möchte aber mit dem Architekturbüro frühzeitig eng zusammenarbeiten. **Herr Kugel** entgegnete, dass die Raumkonzepte mit beiden Schulleitungen intensiv besprochen wurden. Bei den Gesprächen mit der GPGS waren eine Lehrerkollegin sowie ein Elternvertreter beteiligt.

**Herr Schulz** (Mitglied des Bauausschusses) befürwortet Variante II aus wirtschaftlicher Sicht, aber auch aus dem Entwicklungspotential für die Südstadt/Rubensplatz durch die freiwerdende Fläche.

**Herr Braun** hält einen Ideenwettbewerb für sinnvoll. Bei Einführung einer IGS werde eine Fünfzügigkeit am Gymnasium unwahrscheinlich.

**Herr Fleischmann** (Mitglied des Bauausschusses) sieht aus pädagogischer Sicht die Bei-

behaltung beider Standorte als zwingend erforderlich an. In der bisherigen Betrachtung seien die pädagogischen Aspekte vernachlässigt worden. Auch seien die Folgekosten zu hoch angesetzt.

**Herr Köneke** (Mitglied des Bauausschusses) hält die Folgekostenberechnung für fehlerhaft. Die Abschreibungszeit betrage für Schulgebäude 40 Jahre. Weiterhin fehlen ihm bei der Variantenaufstellung die Buchwerte. Trotzdem sei Variante II am wirtschaftlichsten. **Herr Philipps** weist auf die den Kommunen vorgegebene Abschreibungstabelle hin. Hiernach sind 90 Jahre für die Abschreibung zu berücksichtigen. Wesentlich sei das Einsparpotential von jährlich ca. 200.000 € bei den Folge-/Bewirtschaftungskosten.

Für **Frau Weilert-Penk** (Mitglied des Bauausschusses) muss die Platzsituation des Hortes geklärt werden. Wenn es zu einer Vorplanung komme, müsse auch der Bedarf für einen Hort berücksichtigt werden. Die Frage hinsichtlich einer Ballsporthalle sei zu allgemein beantwortet. Sie bat um Konkretisierung. **Herr Beneke** erläuterte, dass für den reinen Schulsport der GPGS und des Gymnasiums die vorhandenen Hallenkapazitäten ausreichend seien. Jedoch bestünden keine Kapazitäten mehr für die BBS Burgdorf und die Kapazitäten für den Vereinssport würden eingeschränkt. In der Kitabedarfsplanung 2013 wurde ausgeführt, dass die Kinderbetreuung künftig aus einer Hand erfolgen sollte. Daher sollten die Horte in der OGS aufgehen. Die Raumkapazitäten im C-Trakt seien hierfür ausreichend.

**Herr Eggers** stellte fest, dass heute eine Vorentscheidung für den weiteren Weg getroffen werde. Aus pädagogischer Sicht sei Variante II nicht sinnvoll. Sie biete zu viel Konfliktpotential. Sollten die Horte abgeschafft werden, so müsste eine Kinderbetreuung am Freitag und auch in den Ferien sichergestellt sein.

**Herr Baxmann** verdeutlichte, dass es für die Verwaltung eine Gratwanderung zwischen dem finanziell Machbaren und dem pädagogisch Sinnvollen sei. Zu berücksichtigen sei bei der Entscheidung, dass sie Auswirkungen auf die folgenden Generationen haben wird.

Für das Gymnasium sei es wichtig, so **Frau Bielefeld**, dass die Lernbedingungen für die Schüler und die Lehrbedingungen für die Lehrer erhalten bleiben bzw. sich verbessern. Das Ziel in den Gesprächen mit der Verwaltung sei es gewesen, zwei zukunftsfähige Schulen zu entwickeln. Dabei seien in den Gesprächen Probleme benannt worden, wie z.B. Pausen, Lärmschutz. Das Gymnasium sei an einer kooperativen Lösung mit der GPGS im pädagogischen Sinne interessiert.

**Frau Herzberg** bedankte sich zunächst für die fruchtbaren Gespräche mit der Verwaltung. Sie sehe Variante II als machbar an. So seien Räumlichkeiten für die OGS im größeren Umfang berücksichtigt.

**Herr Lehmann** hält die Durchführung eines Ideenwettbewerbs für Teilbereiche der Baumaßnahme erst zu einem späteren Zeitpunkt für sinnvoll. Zunächst seien die Eckpunkte (Schulhof, Mensa, Turnhalle) für die Baumaßnahme zu klären. Dem Vorschlag widersprach **Herr Köneke**. Die Beteiligung von mindestens zwei Architekturbüros würde eine Konkurrenzsituation und damit eine wirtschaftlichere Betrachtung zulassen.

**Herr Peters** plädierte für eine Entscheidungsfindung in der heutigen Sitzung, auch wenn die Entscheidung keine einfache sei. Der Zustand der GPGS lasse einen weiteren Aufschub nicht zu.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport fasste bei 2 Gegenstimmen und einer Enthaltung **mehrheitlich** folgenden

**Beschluss:**

<b>Finanz. Auswirkungen in Euro</b>		Produktkonto	ErgHH	FinHH
Einmalige Kosten:	€		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Laufende Kosten:	€		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein	

**Beschlussvorschlag:**

**Die Verwaltung wird beauftragt, eine vertiefte Grundlagenermittlung und Vorplanung für die künftige Unterbringung der Gudrun-Pausewang-Grundschule anhand der Variante II (Umzug in den sanierten C-Trakt des Gymnasiums) erstellen zu lassen.**

**Anfragen und Anregungen an die Verwaltung**

9. \_\_\_\_\_

K E I N E.

**Einwohnerfragestunde**

K E I N E.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer